

„Nur eine nachhaltig erfolgreiche Wirtschaft sichert Lebensqualität“

Deutschland verdankt seine wirtschaftlich führende Position und den Wohlstand seiner Menschen wesentlich der durch Ludwig Erhard verkörperten Sozialen Marktwirtschaft. Die Politik – auch der sozialdemokratisierten CDU – weicht zunehmend von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ab. Sie reguliert, bürokratisiert, verteilt, was andere erarbeiten und beschädigt damit die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Im Interesse der Bürger muss die Wirtschaftspolitik wieder stärker an den Kräften des Marktes und den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet werden.

1. Weniger Staat – mehr Verantwortung für Bürger und Unternehmen!	<ul style="list-style-type: none">• Vorrang für marktwirtschaftliche Lösungen vor staatlicher Lenkung• Kompetenz und Qualifikation statt Quoten
2. Verlässliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung!	<ul style="list-style-type: none">• Technologieoffenheit in der Energiepolitik• Rahmenbedingungen dürfen nicht zu überdurchschnittlichen Energiepreisen in Deutschland führen
3. Wohlstand durch günstige Rahmenbedingungen für Unternehmen!	<ul style="list-style-type: none">• Risikokapital fördern• Bürokratieabbau• Erhöhte Flexibilität gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen• Unternehmensbesteuerung darf kein Standortnachteil sein
4. Großprojekte ermöglichen!	<ul style="list-style-type: none">• Einfache Genehmigungsverfahren, Deregulierung• Abschaffung der Verbandsklage
5. Qualifizierung und Flexibilität statt Mindestlohn!	<ul style="list-style-type: none">• Qualifizierung forcieren• Keine Zuwanderung in das Niedrigqualifikationssegment• Weiterentwicklung des Arbeitsrechts an Anforderungen des Fachkräftemangels
6. Leistung muss sich lohnen – Sozialleistungen nur für wirklich Bedürftige!	<ul style="list-style-type: none">• Wer arbeitet, muss mehr haben• Sozialpolitik muss bezahlbar bleiben• Keine Leistungen für diejenigen, die nicht

Positionen

Themenfeld Wirtschaft und Wissenschaft



	ihr Bestes geben
7. Forschungspolitik im Dienst der Zukunftsfähigkeit Deutschlands!	<ul style="list-style-type: none">• Entpolitisierung der Forschung• Ideologiefreiheit und Technologie-offenheit• Forschungsförderung als Venture Capital
8. Naturwissenschaften und Technik besser nutzen!	<ul style="list-style-type: none">• Chancen der Technik im Bildungssystem stärker vermitteln• Technikskepsis und -feindlichkeit durch Technikbegeisterung ersetzen
9. Wohlstand durch Unternehmertum und freien Handel!	<ul style="list-style-type: none">• Bedeutung von Unternehmertum bereits in der Schule vermitteln• Großbritannien im EU-Binnenmarkt halten• Freihandelsabkommen ausbauen

Der wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands hat zwei Hauptursachen: Die Tatkraft seiner Menschen und nach 1949 die durch die Soziale Marktwirtschaft gegebenen sehr guten Rahmenbedingungen.

Durch zunehmende staatliche Eingriffe und den Ausbau vermeintlich sozialer, in der Realität aber vor allem leistungsfeindlicher Wohltaten wurde Deutschland in den 1990er und 2000er-Jahren zum „kranken Mann Europas“. Schwindende globale Wettbewerbsfähigkeit führte zu steigender Arbeitslosigkeit und wachsenden Haushaltsdefiziten. Erst die paradoxerweise durch einen SPD-Kanzler durchgesetzte Agenda 2010 brachte eine lang anhaltende Trendwende, die auch wesentlich dazu beitrug, dass Deutschland die internationale Finanzkrise besser überstand als die meisten anderen Länder.

Seither verfiel die Politik in eine bis heute anhaltende Reformlethargie. Immer lautere Stimmen fordern sogar eine Abkehr von der Agenda 2010. Solange andere Länder ihre Probleme nicht lösten, konnte Deutschland dennoch seine Spitzenposition behalten. Der noch hohe Anteil der Industrie am BIP (Deutschland 22% gegenüber 15% im EU-Durchschnitt) und die weltweite Nachfrage nach den Produkten deutscher Unternehmen geben Deutschland bisher eine überdurchschnittliche Stabilität.

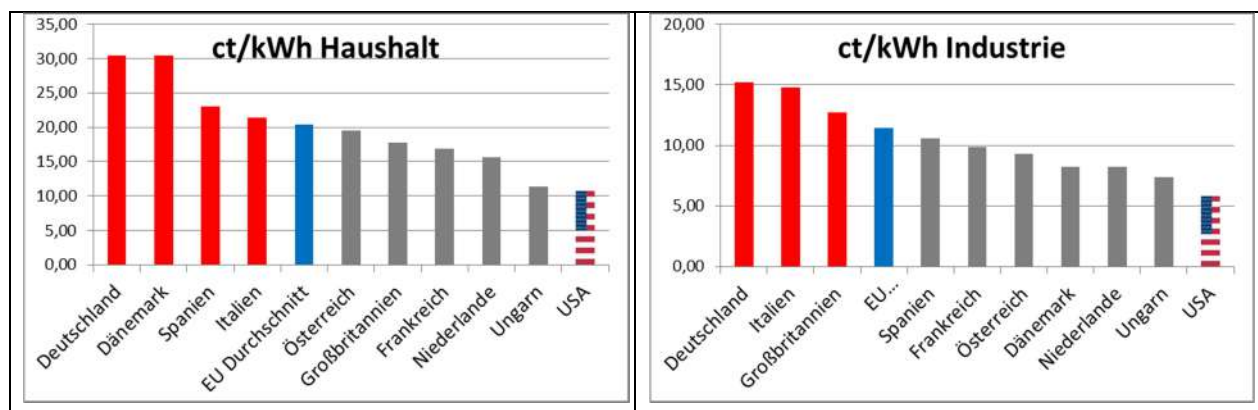
Frankreich hat mit einigen lange für unmöglich gehaltenen, bereits erste Erfolge zeigenden Reformen seines Präsidenten Macron aus Sicht führender Ökonomen erstmals eine realistische Chance, das weiterhin reformmüde Deutschland zu überholen. Zusätzlich zu den bereits eingeführten Arbeitsmarktreformen stärkt die Absenkung der Unternehmenssteuern Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit.

Ebenfalls durch die Absenkung der Unternehmenssteuern von einem vergleichsweise sehr hohen Wert auf ausgesprochen wettbewerbsfähige Sätze ziehen die USA Investitionen und damit auch Arbeitsplätze aus dem Hochsteuerland Deutschland ab. Protektionistische Maßnahmen der US-Regierung werden diesen Trend wahrscheinlich zunächst weiter unterstützen, auch wenn sie langfristig eher schaden werden.

China befindet sich im Übergang vom Billigproduzenten zum Hochtechnologieland. Seine Dynamik macht das Land nicht nur zu einem äußerst wettbewerbsfähigen Anbieter von Konsumprodukten sondern zunehmend auch von Investitionsgütern und Dienstleistungen sowie zum Innovationstreiber.

Bei der Digitalisierung nehmen vermeintlich wenig bedeutende Länder wie Südkorea und Estland Spitzenpositionen ein, begünstigt vor allem durch geringe bürokratische Hemmnisse und vorangetrieben durch ein klares Bekenntnis der Politik zum notwendigen Digitalisierungsfortschritt – in Estland auf geradezu vorbildliche Weise. In Deutschland wird dieser Technologietrend, der enorme Produktivitätssteigerungen bringen wird, vielfach als existenzgefährdende Bedrohung gesehen. Ohne zu berücksichtigen, dass eine führende Position auf dem Gebiet der Digitalisierung zwingende Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit ist, pflegt die Politik in erheblichem Umfang Bedenken statt Deutschland bestmöglich auf die Nutzung der Chancen der Digitalisierung vorzubereiten. Näheres dazu findet sich im entsprechenden Positionspapier der WerteUnion (in Vorbereitung).

Als Folge der Energiewende leidet Deutschland unter sehr hohen Energiepreisen. Während ein Liter Superbenzin in Deutschland etwa 1,35 Euro kostet, liegt der Preis in den USA bei umgerechnet ungefähr 0,55 Euro. Relevanter für die Wettbewerbsfähigkeit sind die Strompreise, bei denen Deutschland sich weltweit im Spitzenfeld bewegt – sowohl für Haushalte als auch für Industrieabnehmer:



Immer wieder entscheiden sich auch deutsche Unternehmen, anstehende Investitionen wegen der dort sehr viel günstigeren Energiepreise in den USA durchzuführen. Durch die gegenwärtige Energiepolitik mit geplanter weiterer Abschaltung konventionellen thermischen Kraftwerke ist zudem die lange Zeit vorbildliche Zuverlässigkeit der deutschen Stromversorgung gefährdet. Verschärft wird die Situation dadurch, dass im Rahmen der „Decarbonisierung“ der Strombedarf trotz umfangreicher Effizienzsteigerungsmaßnahmen insbesondere durch Elektrofahrzeuge insgesamt weiter ansteigen wird.

Die Nachgiebigkeit der Unionsparteien gegenüber SPD-Forderungen hat in den vergangenen Jahren zu immer wieder neuen Eingriffen in die Wirtschaft geführt. Mindestlohn einschließlich umfangreicher Dokumentationsvorschriften und Kontrolle der Zulieferkette, immer strenger umzusetzende Arbeitszeitvorschriften, Recht auf Teilzeit, Vermeidung angeblicher Diskriminierung, Lohntransparenz, allgemeine Dokumentationspflichten usw. ergänzen hochkomplexe Steuervorschriften. Statt der seit Jahren von der Politik propagierten Entbürokratisierung wird immer mehr Bürokratie aufgebaut. Mittelständische Unternehmen, in denen zehn Prozent der Arbeitskraft in der Administration für staatlich vorgegebene Bürokratie eingesetzt werden müssen, sind keine Seltenheit.

Europäische und noch mehr deutsche Politik ist nicht technologieoffen. In Wissenschaft und Forschung

werden bestimmte Technologien durch die Politik ausgeschlossen. Die von Kompetenz freie, stattdessen von Ideologie besessene grüne Vorgehensweise der Einteilung in ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Technologien hat sich durchgesetzt und raubt uns Zukunftschancen, unter anderem in den Bereichen

- Energie
- Chemie
- Bio- und Gentechnologie
- Verkehr und darin insbesondere motorisierter Individualverkehr.

Gegenüber anderen Weltregionen, die vorurteilsfrei und ohne Vorbehalte Neuem gegenüber offen sind, schafft diese Einstellung für uns nachhaltig Nachteile.

1. Weniger Staat – mehr Verantwortung für Bürger und Unternehmen!

Staatliche Regulierung und Bürokratie verursachen hohe Aufwendungen, oft ohne volkswirtschaftlichen Nutzen zu schaffen und verringern die Wettbewerbsfähigkeit. Sie führen dazu, dass bestimmte Industriesektoren zunehmend ins Ausland abwandern.

- **Den Kräften des Markts Vorrang geben vor staatlicher Lenkung durch Regulierung und Bürokratie**
- **Für jeden neuen regulierenden Eingriff an anderer Stelle zwei Eingriffe vergleichbaren Umfangs abschaffen**

Quoten und Antidiskriminierungsvorschriften unterstellen, dass die Begünstigten nicht in der Lage wären, durch Leistung zu überzeugen. Dies wird aber durch die tagtägliche Praxis sehr deutlich widerlegt. Leistungsträger aus dem Kreis der Begünstigten werden mit einem Makel versehen. Darüber hinaus unterstellen die einschlägigen Vorschriften, die Verantwortlichen seien nicht willens oder nicht in der Lage, die – auch in ihrem eigenen Interesse – bestgeeigneten Mitarbeiter bzw. Vertragspartner auszuwählen. Dies betrifft die Wirtschaft genauso wie den Öffentlichen Dienst oder die Politik. Quote statt Kompetenz und Qualifikation verhindert zwangsläufig die besten Resultate. Das neue Entgelttransparenzgesetz unterstellt, dass Arbeitgeber unfähig seien, den Wert der Arbeitsleistung ihrer Mitarbeiter korrekt zu beurteilen. Es schafft großen bürokratischen Aufwand und verursacht Konflikte, ohne jedoch irgendjemandem Nutzen zu bringen.

- **Durch Kompetenz und Qualifikation müssen alle Menschen die Chance zum beruflichen Aufstieg haben. Quotenvorgaben für Wirtschaft, Öffentlichen Dienst und Politik benachteiligen immer Menschen und sind deshalb abzuschaffen. Ebenfalls abzuschaffen sind gut gemeinte, aber kontraproduktive Vorschriften, die im Ergebnis meist nur Konflikte und zusätzlichen bürokratischen Aufwand verursachen.**

2. Für eine verlässliche und international wettbewerbsfähige Energieversorgung!

Verlässliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Volkswirtschaft. Deutschland hat durch die gegenwärtige Energiepolitik und falsch verstandenen Klimaschutz im weltweiten Vergleich der Industrieländer Spitzen-Energiepreise, zunehmend größere Versorgungsrisiken durch die politisch vorgegebene Abschaltung vorhandener

Kraftwerke und die zeitweise Überlastung der Netze sowie Kosten im Billionenbereich. Die industrielle Basis, der Deutschland seine wirtschaftliche Spitzenposition verdankt, erodiert dadurch. Investitionen in energieintensive Branchen erfolgen in Deutschland nicht mehr.

- **Ideologiefrei Rahmenbedingungen für eine verlässliche und international wettbewerbsfähige Energieversorgung schaffen**
- **Den Wettbewerb der Energieversorger ergänzen um den freien Wettbewerb aller Technologien ohne die weitgehende Beschränkung auf Elektrizität**

Details zu den Anforderungen an eine zukunftsfähige Energiepolitik finden sich im Positionspapier Energiepolitik (in Vorbereitung)

3. Wohlstand schaffen durch günstige Rahmenbedingungen für Unternehmen!

Unternehmensfinanzierung insbesondere für Startups und innovative Unternehmen ist in Deutschland schwieriger als in verschiedenen anderen Industrieländern (Stichwort Venture Capital).

Hohe Steuern und Abgaben für Unternehmen können zur Abwanderung und damit – anders als gewünscht – zu sinkenden Staatseinnahmen führen. Die von Deutschland und Frankreich angestrebte Positionierung Europas als Hochsteuerzone ist vor diesem Hintergrund gefährlich. Dies gilt insbesondere dann, wenn andere Länder, wie z. B. die USA oder Großbritannien, Niedrigsteuerstrategien verfolgen.

Innerstädtische Unternehmen, insbesondere kleine, inhabergeführte Geschäfte, geben unseren Kommunen ein „Gesicht“, sind in der Lage, sie vor Verödung und Verslumung zu bewahren. Durch den weiter wachsenden Internethandel geraten viele von ihnen stark unter Druck. Um die negativen Auswirkungen auf die Kommunen zu verringern, soll diesen die Möglichkeit zur Förderung innerstädtischer Unternehmen eingeräumt werden. Dies kann steuerliche Entlastungen genauso umfassen wie die Aufhebung von Beschränkungen z. B. bei den Öffnungszeiten.

Unternehmenssteuern sind in Deutschland im internationalen Vergleich hoch. Es muss sichergestellt werden, dass sie nicht einen Standortnachteil darstellen.

- **Im Ausland erfolgreiche Modelle der Unternehmensfinanzierung übernehmen, regulative Beschränkungen (z. B. BaFin) auf das Minimum beschränken**
- **Steuern und Abgaben für Unternehmen mit Augenmaß festlegen und dabei die Situation in anderen Ländern berücksichtigen, mit denen Deutschland im Wettbewerb steht – Unternehmensbesteuerung darf nicht Standortnachteil sein**
- **Möglichkeiten für Kommunen schaffen, innerstädtische Unternehmen über geeignete Rahmenbedingungen zu fördern**

4. Auch Großprojekte müssen in Deutschland möglich sein!

Der neue Berliner Flughafen ist lediglich das unrühmlichste von vielen Beispielen dafür, dass Deutschland nicht mehr fähig ist, Großprojekte, speziell im Bereich der Infrastruktur, erfolgreich durchzuführen. Oft sind inzwischen sogar Entwicklungsländer in der Lage, anspruchsvolle Infrastrukturprojekte umzusetzen, während in Deutschland vergleichbare Projekte scheitern – auch wegen bürokratischer Hemmnisse, und Regulierungswut. Projektdauer und Kostenplanungen werden regelmäßig um ein Vielfaches

überschritten. Zu den Ursachen gehören unter anderem

- zu große Einflussnahme durch Politiker, die nicht über das erforderliche Wissen verfügen
- Enorm langwierige und komplizierte Genehmigungsverfahren
- Häufige Veränderung – im allgemeinen Verschärfung – von Vorschriften während der Bauzeit
- Nahezu unbegrenzte Einspruchsmöglichkeiten mit beliebiger Möglichkeit zur Verzögerung
- Exzessiver Natur- und Umweltschutz, der maßgeblich für viele Kostensteigerungen und Terminverzögerungen verantwortlich ist – so z. B. durch die Umsiedlung von Eidechsen- oder Käferpopulationen mit Kosten von mehreren 1.000 Euro pro Tier

Ein selten genanntes, aber symptomatisches Beispiel ist der für die „Energiewende“ erforderliche Netzausbau, der kaum vorankommt. Selbst die zu vielen Milliarden Mehrkosten führende Erdverkabelung stößt auf große Widerstände.

- **Einfachere Genehmigungsverfahren und weniger Auflagen für Großprojekte!**
- **Bürokratieabbau und Deregulierung sind eine Daueraufgabe, die endlich wahrgenommen werden muss.**
- **Abschaffung der Verbandsklage!**

5. Qualifizierung und Flexibilität statt Mindestlohn!

Der Mindestlohn verringert den Anreiz, eine am Arbeitsmarkt gefragte Ausbildung zu absolvieren. Mittel- und langfristig werden gerade die vom Mindestlohn betroffenen Arbeitsplätze immer weniger werden. Je ‚teurer‘ sie sind, umso schneller. Je weniger Menschen auf Arbeit im gegenwärtigen Niedriglohnsektor angewiesen sind, umso eher führt ein begrenztes Arbeitskräfteangebot von alleine zu höheren Löhnen.

Ziel der Politik muss – auch im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit – sein, durch hohe berufliche Qualifizierung möglichst aller Bürger dem Niedriglohnsektor Arbeitskräfte zu entziehen. Dabei stellt nur eine gegenüber heute deutlich verbesserte Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern den Erfolg sicher. Parallel ist der Mindestlohn nicht weiter anzuheben und so mittelfristig auslaufen zu lassen.

- **Mindestlohn auslaufen lassen. Die Antwort auf Fachkräftemangel heißt berufliche Qualifizierung, nicht Mindestlohn!**

Gut gemeinte gesetzliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt sind geeignet, die Chancen von Fachkräften und Unternehmen unangemessen einzuschränken, z. B. durch Beschränkung der Arbeitszeit oder der Vertragsfreiheit. Im Rahmen des Wettbewerbs um Arbeitnehmer muss es Unternehmen möglich sein, flexibel zu agieren. Im internationalen Umfeld – z. B. im Wettbewerb mit den USA oder mit China – führt die starke Reglementierung des Arbeitsmarkts zu gefährlichen Wettbewerbsnachteilen, immer öfter auch durch Abwanderung besonders hoch qualifizierter Spezialisten.

- **Das Arbeitsrecht muss die bevorstehenden Umwälzungen in der Wirtschaft durch – auch im internationalen Vergleich – ausreichende Flexibilität unterstützen**
- **Die Abwanderung hoch qualifizierter Spezialisten ist zu stoppen.**

Die Zuwanderung von Personen mit geringer bis nicht vorhandener Qualifikation ist Zuwanderung in den ohnehin schrumpfenden Arbeitsmarkt des Niedriglohnbereichs. Sie führt, wie durch die stark steigende

Zahl von Hartz-IV-Empfängern als Folge der Zuwanderungswelle seit 2015 belegt wird, zu einer immer größeren Belastung der sozialen Sicherungssysteme, die ohne konsequente Gegenmaßnahmen früher oder später kollabieren werden.

- **Die Zuwanderung von Personen, die über am Arbeitsmarkt gesuchte Qualifikationen verfügen, ist zu fördern, sofern sie über die notwendige die Assimilationsbereitschaft verfügen. Zuwanderung in das Sozialsystem ist zu unterbinden und rückgängig zu machen.** Details hierzu siehe Positionspapier zu Zuwanderung – Migrations-, Flüchtlings- und Ausländerpolitik.

6. Leistung muss sich lohnen - Sozialleistungen nur für die wirklich Bedürftigen!

Die Sozialpolitik verfolgt zunehmend eine Strategie von Gleichmacherei und Umverteilung. Empfänger von Sozialleistungen stellen sich finanziell teilweise besser als Menschen, die arbeiten. Als Resultat werden Eigeninitiative vernichtet, Motivation zerstört und Leistungsanreiz verhindert.

- Unterstützung vor allem für Familien und für diejenigen, die z. B. wegen Behinderung in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt sind
- Die Dauer der Einzahlung muss spürbaren Einfluss auf die Dauer der Zahlung von Arbeitslosengeld haben
- Über die Höhe der Sozialleistungen muss sichergestellt werden, dass sich niemand bei Bezug von Sozialleistungen finanziell besser stellen kann als wenn er arbeiten würde (Lohnabstandsgebot)
- Keine Sozialleistungen für Personen, die nicht bereit sind, unter Einsatz aller ihrer Möglichkeiten für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Angehörigen aufzukommen
- Zukunftsvorsorge muss sich lohnen. Zwischen Grundsicherung und erarbeiteter Rente muss ein spürbarer Unterschied liegen. Wer nicht vorsorgt, kann nicht erwarten, dass die anderen im Alter für ihn aufkommen
- Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme ist konsequent zu beenden und umzukehren
- Sozialpolitik muss dauerhaft bezahlbar sein und darf Leistungsträger nicht benachteiligen.
- **Sozialleistungen nur für die wirklich Bedürftigen. Sozialpolitik muss langfristig bezahlbar sein.**

7. Forschungspolitik muss der Zukunftsfähigkeit Deutschlands dienen!

Die deutsche Forschungspolitik ist mehr an politischen Zielen ausgerichtet als an wirklichen Innovationen und der Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Beispiele sind die vorwiegende Beschränkung der Forschungsförderung auf politisch gewollte Technologien z. B. im Bereich von Energie, Mobilität, Biotechnologie usw. sowie die Förderung pseudowissenschaftlicher ideologischer Themen wie der „Genderwissenschaften“.

Nur ein innovationsfreundliches Klima und am wirtschaftlichen Potential ausgerichtete Forschungsförderung sind in der Lage, zu einer Spitzenposition Deutschlands beizutragen. Hierbei besteht darüber hinaus eine große Chance auf Rückfluss der eingesetzten Mittel: Forschungsförderung als Venture Capital, das in Form von zukünftigen Steuern mit angemessener Rendite zurückfließt.

- **Forschungspolitik ist ideologiefrei und technologieoffen am wirtschaftlichen Potential auszurichten. Bereits bei der Schulbildung ist auf ein innovationsfreundliches Klima zu achten.**

8. Die Chancen von Naturwissenschaften und Technik nutzen!

Als Folge der 68er-Bewegung herrscht in Deutschland, beginnend in den Bildungseinrichtungen, vielfach eine große Technikskepsis, oft Technikfeindlichkeit. Neue Technologien werden mehr als Gefahr denn als Chance gesehen – anders als insbesondere in asiatischen Ländern, in denen große Technikbegeisterung überwiegt. Wenn Deutschland seine wirtschaftliche Stärke und die damit verbundene Lebensqualität erhalten möchte, müssen Naturwissenschaften, Technikinteresse und die Chancen von Technik bereits in frühester Jugend einen Schwerpunkt in der Vermittlung von Bildung darstellen.

- **Deutlich höherer Stellenwert für Naturwissenschaften und Technik in der Bildung.**

9. Wohlstand durch Unternehmertum und freien Handel!

Unternehmerisches Handeln wird – ebenfalls als Folge der 68er-Bewegung – vielfach als gesellschaftsfeindlich gebrandmarkt. In der Realität zeigen dagegen unzählige Beispiele nicht nur in Deutschland, wie gerade durch unternehmerisches Handeln Wohlstand für Angehörige aller gesellschaftlichen Schichten geschaffen wird. Diese Zusammenhänge bereits in der Schule zu vermitteln, ist eine wichtige Aufgabe des Bildungssystems, mit der ein wesentlicher Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit Deutschland geleistet wird.

- **Wirtschaftliche Zusammenhänge und die Bedeutung von Unternehmertum sind bereits in der Schule zu vermitteln.**

Großbritannien ist der drittgrößte Auslandsmarkt für deutsche Unternehmen (nach den USA und Frankreich). Durch den Brexit bleibt Großbritannien nicht mehr Teil des EU-Binnenmarkts – zum Schaden aller Beteiligten. Exportorientierte deutsche Unternehmen werden als Folge der weitgehend kompromisslosen EU-Verhandlungsposition einen besonders hohen Schaden erleiden. Diesen gilt es zu vermeiden. Durch Freihandelsabkommen mit möglichst vielen Staaten ist der Außenhandel zu fördern.

- **Handelsbeziehungen auf Basis der Regeln des EU-Binnenmarkts sind zwischen der Europäischen Union und Großbritannien auch nach vollzogenem Brexit sicherzustellen, unabhängig davon, ob und in welchem Umfang andere Formen der Freizügigkeit beibehalten bleiben.**

09. März 2019

WerteUnion – Freiheitlich-konservativer Aufbruch
